

# Für Politik von unten nach oben

Verein Mehr Demokratie hält den Spiegel vor und fragt: „Wer ist der Souverän?“

VON ANDREAS SCHMALTZ

Wer gestern an der Rückseite der Stadtkirche vorbeiging, konnte sich wundern. Ein mehrere Meter hoher und breiter Spiegel stellte alle Passanten vor die Frage: „Wer ist der Souverän?“ Wer hineinblickte, bekam die Antwort und sah sich selbst. Hinter der Aktion steckt der Verein Mehr Demokratie, dessen Ziel es ist, mehr direkte Demokratie in die Politik zu bringen und Volksentscheide auch auf Bundesebene möglich zu machen. Der Verein zieht derzeit mit dem Spiegel durch deutsche Städte, um mit Politikern und Bürgern über den Zustand der Demokratie im Land zu sprechen. „Wir wollen öffentliche Aufmerksamkeit erregen“, erklärte Christian König von Mehr Demokratie.

Mit dem Referendum zum Brexit in Großbritannien und der Abstimmung zur Begrenzung von Zuwanderung in der Schweiz sind die möglichen Risiken von Volksentscheiden in den vergangenen Jahren stärker in den Vordergrund gerückt. Mehr Demokratie will dennoch daran festhalten und fordert Volksentscheide, die sich an die gleichen gesetzlichen Regeln halten wie die Gesetzgebung des Bundestages, um so Menschenwürde und Minderheitenschutz sicherzustellen. Natürlich seien auch Formen der direkten Demokratie nicht vor populistischer Meinungsmache gefeit, sagt König, doch ebenso wenig seien das Wahlen. „Es geht um den verantwortungsvollen Umgang mit direkter Demokratie.“ Er möchte das Ver-



Die Bundestagskandidaten (von links) Peter Schimke, Ingrid Hönlinger, Steffen Bilger, Stefanie Knecht, Macit Karahmetoğlu, zusammen mit Christian König (Mitte) vor dem Spiegel.

Foto: Holm Wolschendor



trauen der Bürger in die Politik stärken und zeigen, dass man etwas Verändern kann.

Der Einladung des Vereins, sich zu Bürgerbeteiligung in der Politik zu äußern, sind die Kandidaten der verschiedenen Parteien wenige Tage vor der Wahl gerne gefolgt. Vertreten waren CDU, Linke, Grüne, FDP und die SPD – nur die AfD fehlte. Dabei sind Volksentscheide eine der Kernforderungen, mit der die Partei in den Wahlkampf ging. König kann die Abwesenheit des AfD-Kandidaten Martin Hess erklären. Die Mitglieder von Mehr Demokratie hätten beschlossen, die AfD nicht zu ihren Veranstaltungen einzuladen. Diese Entscheidung gelte es zu respektieren, sagt er.

König möchte von den anwesenden Bundestagskandidaten

wissen, wie sie zu direkter Demokratie stehen und wie sie Beteiligung fördern würden. „Die CDU ist da noch etwas zögerlich“, sagt er und gibt die Frage an Steffen Bilger. „Wir kämpfen für die repräsentative Demokratie“, betont der CDU-Kandidat. Da gebe es genug zu tun. Die Bürger könnten am Sonntag ja Bilanz über die Politik ziehen. Ingrid Hönlinger (Grüne) sieht Volksentscheide im Bund und Wahlen nicht als eine Entweder-Oder-Frage. „Beides muss seinen Raum haben“, erklärte sie. Direkte Demokratie könne ein Mittel für mehr Politikbegeisterung sein. Auch Macit Karahmetoğlu (SPD) kann sich eine schrittweise Einführung von Volksentscheiden vorstellen. Für Stefanie Knecht (FDP) und Peter Schimke (Linke) stellt Bildung eine wichtige Voraussetzung für Beteiligung dar.

INTERNET: <https://www.mehr-demokratie.de>